

Vier Fragen an Josef Joffe // Was macht die Welt? // Ein Pakt "Made in Germany" und wilhelminische Schnurrbärte

Kanzler Schröder verspricht gewaltige Wiederaufbauhilfe nach der Flut; wenn Deutschland damit gegen die Euro-Stabilitätskriterien verstoße, interessiere ihn das nicht. Muss es die EU-Partner interessieren?

Selbstverständlich. Es ist schon eine hübsche Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet ein deutscher Kanzler mit schnoddrigem Gestus eine eiserne Regel beiseite wischt, die Berlin (damals noch Bonn) den anderen aufgezwungen hat, weil bekanntlich diese Italiener, Franzosen, Spanier nicht mit Geld umgehen konnten und nur darauf warteten, sich an unserer schönen, harten Deutschmark zu vergreifen. Dabei hätte unser Kanzler doch überzeugend rasonieren können, dass der Stabilitätspakt (notabene "Made in Germany") etwa in nationalen Katastrophenfällen sehr wohl die Lockerung des Korsetts erlaube. Zu dumm nur, dass die Mäuse, die nicht im Hochwasser stecken, heftig zu tanzen beginnen werden, wenn erst die deutsche Oberkatze alle Viere von sich streckt bzw. Fünfe gerade sein lässt.

Amerikas Parteien bereiten sich auf die Zwischenwahlen vor. Wiederholt sich für George W. Bush das Trauma des Vaters: ein großer Krieger, der die Wahl wegen der ökonomischen Lage verliert?

George der Ältere, eben noch gefeierter Irak-Kriegsheld, hat in der Tat die Präsidentenwahl wegen der Rezession 1991/92 verloren. Aber auch wegen zwölf Jahre Reagan-Bush, einer für US-Verhältnisse sehr langen Herrschaft einer Partei. Dieses Handicap hat der Jüngere nicht. Außerdem: Er selbst steht erst 2004 zur Wiederwahl an. Bis dann könnte (Betonung auf "könnte") die Konjunktur sich drehen, derweil W. als Sieger in Bagdad einreitet. Für November tippt "Was macht die Welt" auf den Status quo: Die Demokraten behalten die Kontrolle über den Senat, die Republikaner die Mehrheit im Repräsentantenhaus.

Opfer der Anschläge vom 11. September haben eine Milliarden-Klage gegen Osama bin Laden, Saudi-Arabien und Sudan eingereicht. Werden sie je Geld sehen?

Unter amerikanischem Schadensersatz-Recht ist alles möglich, auf jeden Fall, wenn der Beklagte Eigentum auf amerikanischem Boden hat, wo es nach einem entsprechenden Verdikt von der Gerichtsbarkeit beschlagnahmt werden kann. Saudisches Vermögen gibt es zu Hauf in Amerika, Binladensches gewisslich auch (man muss es nur finden). Andererseits wird es nicht einfach sein, dem saudischen Staat direkte Drahtzieherschaft nachzuweisen, laufen doch die Gelder, die Terrorgruppen zugute gekommen sein könnten, durch sehr verschlungene Kanäle. Auf jeden Fall werden die Rechtsanwälte nicht leer ausgehen.

Ein Wort zur deutschen Außenpolitik

Die zeigt zur Zeit einen fatalen Hang zur nationalen Gebärde (siehe auch Frage 1). Was doppelt töricht ist. Wer demographisch und ökonomisch die Nr. 1 in Europa ist, muss nicht mit aufgewirbeltem wilhelminischen Schnurrbart über die Bühne poltern - und sollte es auch nicht tun.

Zweitens: Wer zu Recht gewisse transatlantische Verbündete des Unilateralismus bezichtigt, sollte umso dezidierter mit bestem Beispiel vorgehen.

Josef Joffe ist Herausgeber und Chefredakteur der "Zeit". Fragen cvm